



☆	Tirol	Seite 2
☆	Sozial ungerecht!	Seite 3
☆	Vorarlberg	Seite 5
☆	Selbstbestimmung	Seite 6

Studien widerlegen Landeshauptmann Herwig von Staa

Neujahrsansprache mit Wahlkampfretorik

Blauäugig oder bloß alterssenil? Diese Frage stellt sich nach der Neujahrsansprache des Tiroler Landeshauptmann Herwig von Staa. Wenn es wirklich so ist, wie er behauptet, dass Tirol mit der allgemeinen Lebensqualität hervorragend dasteht und zu den besten Regionen in Europa zählt, dann ist es um Tirol, Österreich und Europa schlecht bestellt!

Kritisch setzte sich der GLB-Sprecher Josef Stingl mit der Analyse des Landeshauptmannes für das Jahr 2007 auseinander: „Die Aussagen bezüglich Lebensqualität, -bedingungen und Wohlstand sind fernab jeder Realität. Ein Blick in aktuelle Studien genügt, um zu wissen, wie es wirklich der Mehrheit der Bevölkerung geht!“ Beispielsweise besagt die Studie „Armut und Reichtum in Tirol“ der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP),

dass in Tirol in den letzten Jahren nicht nur Reichtum, sondern auch Armut zugenommen hat. Alt sein oder Kinder haben bedeutet in Tirol ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko. Tirol hat die dritthöchste Armutsquote aller Bundesländer.

Oder, - laut Aussage des Umweltbundesamtes - kämpft Tirol im Inntal, u.a. auf Grund des rasant wachsenden Transitaufkommens, überdurchschnittlich mit Feinstaubbelastung. „Und es ist in der Zwischenzeit unumstritten, dass es einen Zusammenhang zwischen der Belastung durch Feinstaub und gesundheitlichen Auswirkungen gibt. Anzumerken ist noch, dass Kinder dabei ein besonders erhöhtes Risiko bei Atemwegserkrankungen haben.“



Anschließend kann sich der GLB-Sprecher den Neujahrswünschen Van Staas, der allen TirolerInnen alles Gute, Gesundheit und Glück, Zufriedenheit und Erfolg in der Familie und im Beruf, ein solidarisches zusammenhalten und die Verschonung von Naturkatastrophen wünscht.

„Recht hat er wenn er meint, dass die PolitikerInnen gefordert sind, den Menschen wieder Vertrauen in die Zukunft und Berechenbarkeit der Politik zu geben und dazu die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen müssen. Nur,

warum verlangt LH Van Staa dann keine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag, wie es weit über 50 Prozent der österreichischen, insbesondere der Tiroler Bevölkerung wünscht?“

www.glbtirol.info

glb@glbtirol.info

KPÖ ONLINE

tirol.kpoe.at
kpoe.tirol@gmx.at

KPÖ-Zentral

www.kpoe.at

Plattform Gemeinsame Schule



Eine neue Lehr- und Lernkultur ist dringend notwendig. Soziales, interkulturelles, angst- und druckfreies Lernen ist möglich, setzt aber grundlegende Umstrukturierungen voraus.

Eine gemeinsame Schule ist unabdingbar. Diese Gesamt-

schule (oder „Neue Mittelschule“) vermindert den Druck auf die Volksschulkinder, erhöht die Chancengleichheit und die soziale Gerechtigkeit, von der wir in Tirol noch meilenweit entfernt sind. (In Tirol ist keine einzige „Versuchsschule à la Schmied“ geplant!)

Die Gründung einer Plattform zur Gemeinsamen Schule fand Mitte Dezember letzten Jahres mit Vertretern von verschiedensten Organisationen statt.

Sylvia Dürr

Bisherige Ergebnisse der Arbeitsgruppen:

1. Neue Lehr- und Lernkultur

Gemeinsame Ausbildung aller zukünftigen LehrerInnen, Aufwertung der Ausbildung und des Berufsbildes, gleiche Besoldung, Erneuerung der Lehrmethoden.

Soziales, interkulturelles, angst- und druckfreies Lernen, Talente der SchülerInnen erkennen und fördern.

Entlastung aller am System Schule beteiligten Personen: SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen.

Stress für leistungsstarke und leistungsschwache SchülerInnen vermeiden, mehr eigenständiges und lustbetontes Lernen.

2. Chancengleichheit

Soziale Gerechtigkeit: soziales Umfeld und Notenpolitik sind - immer noch - entscheidend für die Schullaufbahn, Aufhebung des sinnentleerten Leistungsbegriffs und Überdenken der Leistungsbeurteilung, Reduzierung der SchulabbrecherInnen, Förderung des sozialen Zusammenhalts, keine Selektion mit 10 Jahren!

3. Familienfreundlichkeit

Wohnortnahe Schulen, Ganztageschule, Entlastung der Familien durch Lernbetreuung und Vermeidung von Kosten für Nachhilfe, Neustrukturierung des Schulalltags.

4. Wirtschaftlichkeit

Vermeidung von Schullaufbahnverzögerungen und SchulabbrecherInnen, Steigerung der Produktivität und der Standards.

Weitergehende Infos unter: www.bildungsgrenzenlos.at

Solidarität

Der Standard ist besser?

Zahlreiche LeserInnen sehen in der Tageszeitung „Der Standard“ eine positive Alternative zu den von Mediaprint und Moser-Konzern beherrschten Medienmarkt. Mit ihren MitarbeiterInnen geht aber „Der Standard“ offensichtlich nicht anders um, als die Tiroler Tageszeitung, Krone oder Kurier: Die Standard-Geschäftsführung hat die Arbeitsverträge ihrer Tirol-Korrespondenten, Hannes Schlosser und Benedikt Sauer, gekündigt. Hannes Schlosser, der ehemalige Tiroler KPÖ-Sekretär hat nach seinem Austritt von der KPÖ entscheidend beim Projekt „20er“ mitgearbeitet, und ist danach zum Standard gewechselt. Seit 12 Jahren leisten er und Benedikt Sauer ausgezeichnete, seriöse journalistische Arbeit. Der Standard hat sich in dieser Zeit in Tirol überdurchschnittlich entwickelt und es ist anzunehmen, dass die Arbeit der beiden Tirol-Korrespondenten nicht unwesentlich dazu beigetragen hat. Seitens der KPÖ und des GLB ist Hannes Schlosser und Benedikt Sauer 100-prozentige Solidarität sicher. Eigentlich erwarten wir uns von Oscar Bronner, dass die Kündigungen zurückgenommen werden.

KPÖ für ein linkes Nein zum EU-Reformvertrag ...



... und beteiligt sich an der europäischen Unterschriftenkampagne der Europäischen Linken (EL) gegen die Ratifizierung des EU-Änderungsvertrag. Dabei kommt es der KPÖ vor allem darauf an, sich klar gegen die nationalistisch

und rassistische Kampagne der Rechten abzugrenzen und Alternativen sichtbar zu machen. Die Ablehnung der neoliberalen und militaristischen Ausrichtung des EU Vertrages sind das Herzstück des „linken NEIN“ zum Reformvertrag. Bundesprecher Mirko Messner: „Wir sind gegen die neoliberale Integration Europas und für eine Art von Integration, für eine im Interesse der Menschen, die heute in die Rolle des Kostenfaktors gedrängt werden.“

Das Schwein ist genug gemästet

Worin war sich die Sozialdemokratie einst einig mit dem Kapital? Ja genau: Das Schwein muss gemästet werden, bevor es geschlachtet wird. Dass das mit dem Schlachten nicht so gemeint war und nur zur Beschwichtigung der Ausgenutzten diente, war beiden Seiten klar.

Rosmarie Thümminger

Heute heißt es: Geht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut. Man sieht, auf das Schlachten wird von vorneherein verzichtet, ansonsten lügt der neue Spruch genau so wie der alte gelogen hat.

Der Wirtschaft geht's blendend, sie wächst wie seit zehn Jahren nicht mehr, aber die Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen schrumpfen wie zu Zeiten von Schwarzblau oder Schwarzorange. Zwar stiegen im Herbst 2007 die Löhne durchschnittlich um mehr als drei Prozent, übrig bleibt davon wenig bis nichts. Erstens sind praktisch alle Produkte des täglichen Gebrauchs, wie Milch, Brot, Gemüse, Fleisch, aber auch Mieten und Heizmaterial teurer geworden und nicht etwa um drei, sondern vielfach um zehn Prozent und mehr. Dazu kommen drastische Erhöhungen von Abgaben und Gebühren. Zweitens frisst die Steuerprogression noch den letzten Rest der Lohnerhöhung auf.

Die PensionistInnen finden sich in einer ähnlichen Situation. Als im Oktober ihre VertreterInnen eine Erhöhung der Pensionen um mehr als die gesetzliche Rate von zwei Prozent durchsetzen konnten, ging ein Aufschrei durch das Land. Unverantwortlich sei das, die Jungen würden von den Alten erbarmungslos geschöpft, das Pensionssystem sei gefährdet und dergleichen mehr. Diese Herrschaften sollten einmal

selbst versuchen, wie die Mehrzahl der alten Frauen in Österreich, einen Monat lang von 850.-Euro zu leben.

ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen werden geschröpft, das Finanzministerium freut sich: es kann steil ansteigende Lohnsteuer-Einnahmen prognostizieren. Das Lohnsteueraufkommen wird in den nächsten zwei Jahren um 2,3 Milliarden Euro anwachsen, d.h. dass sich in Wahrheit die Lohnabhängigen, die für 2010 versprochene Steuerreform selbst finanzieren. An den Steuerprivilegien eigennütziger Privatstiftungen, Konzerne und Großbanken zu rütteln, daran denkt die rot-schwarze Regierung nicht. Im Gegenteil, in nächster Zeit soll auch noch die Erbschaftssteuer abgeschafft werden. Auch wenn man einräumen kann, dass sie reformiert und gerechter gestaltet werden muss. Sie abzuschaffen, verschärft noch die Ungerechtigkeit.

Wer weniger Geld zur Verfügung hat, muss mehr reparieren, mehr Zeit in die Versorgung der Kinder oder der alten und kranken Eltern investieren und statt Nachhilfe bezahlen, selbst mit den Schulkindern lernen. Und es sind die Frauen, die noch mehr lebens- und gesellschaftliche Versorgungsarbeit leisten müssen, den Lohn dafür aber stecken andere ein.



Mit einer gerechteren Besteuerung der Privatstiftungen, der Konzerne und Großbanken wäre eine breite öffentliche Investitionsoffensive finanzierbar, die tausende Arbeitsplätze in wichtigen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Pflege schaffen könnte. Zwei zusätzlichen Planstellen im

Pflegeheim z.B. könnten es (nicht nur) meiner ehemaligen Nachbarin, die seit einem halben Jahr nicht mehr selbstständig die Toilette aufsuchen kann und deshalb in Windeln gewickelt wird, ermöglichen, ihre letzte Lebenszeit ohne diese für sie schwer ertragbare Entwürdigung zu verbringen.

Volksbegehren „fairSORGEN“

Pflicht erfüllt - Kür beginnt

Die Hürde der 750 notwendigen Unterschriften für die Einreichung eines Tiroler Volksbegehrens ist genommen. Nun geht es darum, noch möglichst viele Unterschriften (zählen schon fürs eigentliche Volksbegehren) für die Abschaffung der Regressbestimmungen bis zur Einreichung im Mai zu sammeln. Bitte rückseitiges Formular auf der Wohnsitzgemeinde unterschreiben und bestätigt an uns zurücksenden.

Interessant: Bei den Kosten für die stationäre Pflege wird nur mehr in Kärnten, Burgenland, Tirol und in der Steiermark auf das Einkommen der Kinder zurückgegriffen. In Niederösterreich und Vorarlberg wurden im Zuge der neuen „24-Stunden-Pflegeregelung“ auf die Vermögensgrenze verzichtet. „Dort wird einem nicht mehr der Wohnraum unter dem Arsch verpfändet“, so der Sprecher des Volksbegehrens.



Gemeinde:

Pol. Bezirk:

Fortl. Nr.

Unterstützungserklärung

(nach § 4 des Gesetzes über Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen LGBl. Nr. 56/1990)

Die/Der Gefertigte, geb. am,
(Vor- und Zuname)

wohnhaft in,
(Gemeinde, Straße/Gasse/Platz, Hausnummer)

unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens

„fairSORGEN!“

***Streichung der Rückzahlungsverpflichtung und der Kostenbeteiligungsverpflichtung
für Eltern, PartnerIn und Kinder aus dem Tiroler Grundsicherungsgesetz (TGSG)***

.....
(Kurztitel des Volksbegehrens)

....., am 2008

.....
(Eigenhändige Unterschrift mit Vor- und Zuname)

Raum für die allfällige gerichtliche oder
notarielle Beglaubigung der obigen Unterschrift

Stimmrechtsbestätigung

Die/Der Bürgermeister/in der Gemeinde, pol. Bezirk,
bestätigt hiermit, dass der/die Obengenannte am Tag der Abgabe der Unterstützungserklärung zum Landtag
wahlberechtigt war.

Die eigenhändige Unterschrift wurde* vor der Behörde geleistet/ gerichtlich beglaubigt/ notariell beglaubigt.

....., am 2008



.....
(Unterschrift)

* Zutreffendes ankreuzen!

Soziale Vorsätze?

Der ORF-Vorarlberg berichtete am 1. Jänner dieses Jahres, dass Vorarlbergs PolitikerInnen heuer die Sozialpolitik in den Vordergrund stellen werden. Vorarlbergs KommunistInnen bezweifeln dies.

Josef Stingl

LH Herbert Sausgruber: „Niemanden im Stich lassen“. Die heimische Wirtschaft habe sich 2007 gut entwickelt, heißt es in der Neujahrsbotschaft von Landeshauptmann Herbert Sausgruber (VP).

Michael Ritsch hofft auf eine inhaltliche Auseinandersetzung. Die Sozialdemokraten würden sich im neuen Jahr vor allem drei Themenbereichen widmen, die man mit den Schlagworten „Reich für Arm“, „Gesund für Krank“ und „Jung für Alt“ zusammenfassen könne. Es gehe also um soziale Gerechtigkeit, die Absicherung der medizinischen Versorgung und um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Generationen.

Für die Grünen steht „die Einleitung einer echten Energiewende in Vorarlberg“ 2008 im Vordergrund. Vorstandssprecher Johannes Rauch kündigte an, dass „soziale Gerechtigkeit“, die Schaffung eines Bildungssystems, das Chancen ermöglicht und nicht verbaut, und die Schaffung eines leistbaren Pflege- und Betreuungssystems die Grünen 2008 „intensiv beschäftigen“ werde.

„Gut“, so Vorarlbergs KommunistInnen. „Ist aber den Landesspitzen auch zu vertrauen? Wenn Sausberger & Co. auf einmal Sozialpolitik entdecken, stellt sich für uns die Frage, warum erst in diesem Jahr und nicht im Vorjahr, Vorvorjahr oder noch früher?“

Die KommunistInnen fürchten vielmehr, dass die rot-

schwarzen Neujahrsreden ins Reich der Fabelwesen gehören.

Die KPÖ führt „zur Beweisführung“ folgendes Beispiel an: Bei der 24-Stunden-Pflege sei es zwar positiv, dass in Vorarlberg zur Finanzierung der Betreuung nicht die Vermögensgrenze herangezogen wird. Nur es löst in Wirklichkeit nicht das Problem. Eine 24-Stunden-Betreuung kostet rund 3000 Euro im Mo-

nat, der staatliche Zuschuss beträgt höchstens 800 Euro. Wer kann sich dann die Pflege leisten? Sicherlich nicht der Großteil der PensionistInnen, denn die haben selbst unter

Einrechnung des Pflegegeldes nicht annähernd ein Pensions-einkommen, um die restlichen 2000 Euro für die Pflege abdecken zu können.



10. September 2007: Dr. Erwin Buchingers erster Besuchstag als Bundesminister in Vorarlberg

Buchbesprechung

Thomas Eiterer: Der Glaube an dein Volk sei deine Religion



2008 jährt sich zum siebzigsten Mal der Tag, an dem NS-Truppen in Österreich einmarschierten und so gewinnt das erst kürzlich erschienene Werk von Thomas Eiterer, das den Bereich Schule und Kirche im Bezirk Imst zur Zeit des Nationalsozialismus untersucht, eine besondere Aktualität.

Wie der Fall Franz Jägerstätter in Oberösterreich zeigt, war der kirchliche Widerstand von besonderer Art. Es gab Katholiken, die sich von ihrem Gewissen her gegen das Regime stellten, doch die Amtskirche und die Bischöfe sahen solchen Widerstand nicht als ihre Sache an. Im Gegenteil, sie versuchten, durch Treue an die eigene Botschaft und eine Nichtanpassung an die unchristliche Weltanschauung des Nationalsozialismus einen gewissen Freiraum für sich und die Gläubigen zu schaffen und zu erhalten. Offenes Aufbegehren schien in diesem Kontext kontraproduktiv. Doch selbst ein passives Verhalten sah das Regime als Verweigerung der Gefolgschaft an und bekämpfte es.

Thomas Eiterer schildert Konfliktlage und Schikanen, denen die Kirche nach der Okkupation Österreichs ausgesetzt war und geht detailliert auf die Veränderungen im Schulwesen ein: Absetzung von Lehrpersonen, Frühpensionierungen, Einführung nationalsozialistischer Lieder und Gebete, Fahnengruß und selbstverständlich Umschreibung der Schulbücher.

Bei seinen Nachforschungen entdeckte der Autor bis dahin noch unveröffentlichte Quellen. Anerkennung gebührt Thomas Eiterer auch für die Anwendung der Oral History, wodurch Informationen gesichert wurden, die sonst für immer verloren wären. Die Auswertung von Chroniken, persönlichen Aufzeichnungen und Interviews, Faksimile von Zeugnissen und Ahnenpass sowie die zahlreichen Fotos ergeben einen detaillierten Einblick in den Teilbereich der düsteren Jahre von 1938 bis 45 und ein lebendiges Bild jener Zeit.

Rosmarie Thümingner

In eigener Sache

Mit dem Medienprojekt „**TIVOLI** - Tirol-Vorarlberg-Links“ reagierten wir im vorigen Jahr auf Grund der schmalen finanziellen Ressourcen diese zu bündeln. Aus der Innsbrucker KPÖ-Stadtzeitung „Innsbrucker Rundschau“ wurde die Zeitung „**TIVOLI**“ für ganz Tirol und Vorarlberg als Alternative zu den gleichgeschalteten Medien-einheitsbrei in unseren Bundesländern.

Zeitung machen kostet Geld. Wie stark bzw. wie oft wir Position beziehen können, steigt oder fällt dadurch, ob es uns gelingt zusätzliche finanzielle Mittel aufzutreiben oder nicht. Gelder aus bezahlter Werbung stehen uns weitgehendst nicht zur Verfügung. Spenden nehmen wir gerne dafür an: KPÖ, Kennwort **TIVOLI**, BAWAG, Kto.Nr. 68710-504-630, BLZ: 14.000

Impressum: Medieninhaber. u. Herausgeber: KPÖ, Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck
Offenlegung: feministisch, pluralistisch, marxistisch, antirassistisch, antifaschistisch, kreativ auf Grundlage der Beschlüsse des 34. Parteitag der KPÖ

Mein Körper - Meine Entscheidung

In Österreich liegt die geschätzte Schwangerschaftsabbruchsrate bei 18 - 24 Prozent. Bis zum dritten Schwangerschaftsmonat ist ein Abbruch legal, was aber nicht heißt, dass er ohne Probleme durchgeführt werden kann.

Nadine Isser, KJÖ-Innsbruck

Kein Arzt und keine Ärztin sind dazu verpflichtet, eine Abtreibung durchzuführen. Damit entsteht die Problematik, dass in vielen Krankenhäusern die Möglichkeit einer Abtreibung einfach nicht besteht. So müssen viele Frauen eine längere Reise unternehmen und wenn sie schon über der zwölften Schwangerschaftswoche sind, kann es durchaus passieren, dass in Österreich überhaupt keine Ärztin oder Arzt zu finden sind, die einen Abbruch durchführen wollen (obwohl ein Abbruch bis zur 16. Woche straffrei ist). 100 bis 200 Frauen jährlich fahren deshalb nach Holland, um dort eine Abtreibung hinter sich zu bringen.

Ein weiterer schwerwiegender Punkt ist die Kostenfrage, die zwischen 350,- Euro (Ambulatorien) und 936,- Euro (Krankenhäuser) beträgt. Die Kosten muss die Frau vollstän-

dig selbst tragen (genauso wie für Verhütungsmittel und Schwangerschaftstests).

Moralischer Druck und Schockbilder

Als ob das nicht schon genügend Probleme für eine ungewollt schwangere Frau wären, kommen dann noch heftige Vorwürfe und pseudo-moralische Kritik von Seiten der Kirche bis hin zu diversen militanten Organisationen (meistens christlich, oft auch rechtsextrem) wie ProVita, Ja zum Leben, etc. hinzu. Schnell ist von Mord die Rede, und anstatt informative Auskunft zu geben, wird mit moralischen Druck und Schockbildern gearbeitet. Menschen die Selbstbestimmtheit einer jeden Frau konsequent verneinen, veranstalten Protestaktionen vor Krankenhäusern, die mittelalterlichen Hexenjagden gleichen.



Recht auf Selbstbestimmung

Abtreibung ist keine Glaubensfrage oder Frage der Ethik, sondern eine medizinische Möglichkeit des 21. Jahrhunderts und das Recht der Frau. Egal wie die Lebensumstände der Frau aussehen, wie alt sie ist oder welcher Nationalität sie angehört und vor allem, für welchen Weg sie sich entscheidet, ihre Umwelt hat sowohl eine Geburt als auch eine Abtreibung zu akzeptieren. Akzeptanz ist das Mindeste, Hilfe wäre wünschenswert.

Der erste und wichtigste Schritt wäre, eine neue Handhabung des Themas Abtreibung im Gesetz und Schwangerschaftsabbrüchen grundsätzlich straffrei zu machen. Des weiteren sollte das Recht auf Abtreibung auch wirklich anerkannt werden, das heißt, dass genügend Informationsstellen und Krankenhäuser, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen vorhanden sind. Außerdem fordern wir eine Kostenübernahme durch die Krankenkasse genauso wie Verhütungsmittel auf Krankenschein, damit bereits im Vorhinein jede Frau die gleiche Möglichkeit zur Selbstbestimmung hat.

Datenquelle: www.derstandard.at

www.kjoe.at
innsbruck@kjoe.at

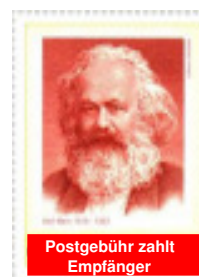
Name:

Adresse:

PLZ, Ort:

email:

- regelmäßige Zusendung der Zeitung **TIVOLI**
- ein Gespräch mit einer/m FunktionärIn der KPÖ
- eine Probenummer der „KJÖ-Zeitung „vorneweg““
- eine Probenummer der GLB-Zeitung „die arbeit“



Gumpstraße 36
6020 Innsbruck

An einen Haushalt!